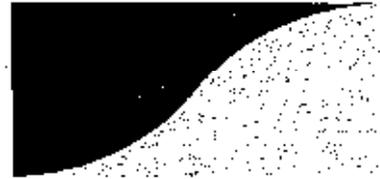


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 31

15. Februar 1982

Dieter Spöri MdB, stellvertretender Obmann der SPD im Finanzausschuß des Bundestages, erläutert, warum die Mehrwertsteuer heute eine geringere Bedeutung hat.

Seite 1-3

Franz Müntefering MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Fraktion, weist auf eine Fehlentwicklung bei den Ferienwohnungen hin.

Seite 4

Anke Martiny MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion, fordert mehr Sicherheit in der Apparatediagnostik.

Seite 5/6

Rainer Silkenbeumer MdL kritisiert den niedersächsischen Kultusminister.

Seite 7

Lassalle würde sie schlucken

Das Beschäftigungsprogramm und die Mehrwertsteuerkröte

Von Dieter Spöri MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität steht der Finanzierungsbeitrag der ab 1. Juli 1983 geplanten Mehrwertsteuererhöhung von 13 Prozent auf 14 Prozent beziehungsweise des ermäßigten Steuersatzes von 6,5 auf sieben Prozent. Die öffentliche Diskussion um die Mehrwertsteuererhöhung wird angesichts der ablehnenden Haltung der unionsregierten Länder bis zur Entscheidung des Bundesrates sicherlich noch größere Wellen schlagen.

Dabei verfährt die Union nach einer schlitzohrigen Strategie. Man lehnt zunächst die verteilungspolitisch günstigste Finanzierungslösung in Form einer Ergänzungsabgabe ab, um dann anschließend mit geradezu atemberaubend gespielter Empörung über die unsoziale Wirkung der geplanten Mehrwertsteuererhöhung zu wettern. Die Stoßrichtung ist klar: Da sich die Union nicht darüber sicher ist, zu wessen Gunsten und Lasten eine anschwellende Kontroverse über ihr Nein zum Beschäftigungsprogramm ausgeht, käme ein rasanter SPD-Streit um die Mehrwertsteuer nicht ungelegen.

Dabei spekuliert man natürlich auf die über hundertjährige Tradition der Sozialdemokraten seit Lassalle, die indirekten Steuern abzulehnen. Und neuerdings hält uns sogar das edle Handelsblatt unsere gesammelte, gegen indirekte Steuern gerichtete Programmgeschichte unter die Nase. Die SPD sollte sich hier nicht aufs Glattteis führen lassen:

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Reinigungs-Service
mit kompletter Ausrüstung
Reinigungs-Papier



Lassalle in Ehren, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die Wirkungen indirekter Steuern haben sich seit dem 8. August 1869 stark verändert, als das in Eisenach verabschiedete Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei forderte: "Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer." Zwar kann natürlich auch heute eine Mehrwertsteuererhöhung niemals zum bejubelten politischen Genieakt hochstilisiert werden, aber die SPD muß zur Kenntnis nehmen, daß ihr traditionelles Bild von der extrem unsozialen Verteilungswirkung der indirekten Steuern in mehreren Punkten von den Realitäten des Steuersystems in der Bundesrepublik abweicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung - dem man keine konservative Interessenfärbung unterstellen kann - hat schon längst aufgrund statistischer Untersuchungen die Auffassung widerlegt, daß indirekte Steuern die Kleinststeinkommen am meisten treffen, und daß dann mit steigendem Einkommen ihre Belastungswirkung krass zurückgehen würde.

Die Belastungsquote der verfügbaren Einkommen mit indirekten Steuern ist in den einzelnen Einkommensschichten fast gleich. Zwar wird bei höheren Einkommen die Belastungsquote der verfügbaren Einkommen durch steigende Ersparnisse gesenkt, dem wirkt aber entgegen, daß die Belastung der Verbrauchsausgaben mit steigendem Einkommen wächst: Ursache dafür ist zum Beispiel der ermäßigte Steuersatz für Grundnahrungsmittel und die Freistellung der Miete von der Umsatzsteuer.

Zu den Zeiten von Lassalle bewegte sich das Einkommen der Arbeitnehmer in der Nähe des Existenzminimums, es war so niedrig, daß Einkommen - beziehungsweise Lohnsteuer keine nennenswerte Belastung sein konnte. Damals drückten "die kleinen" nur indirekte Steuern, die in den Güterpreisen stecken. Dagegen ist heute die direkte Einkommensbelastung in den Vordergrund getreten: Allein der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen hat sich von 9,6 Prozent im Jahre 1950 auf über 30 Prozent erhöht. Der Anteil direkter Steuern bewegt sich insgesamt auf 60 Prozent zu, die im Preis versteckten indirekten Steuern liegen inzwischen mit fallender Tendenz bei 40 Prozent.

In einer Zeit, in der der Durchschnitt der Arbeitnehmer auch nach Korrekturen des Steuertarifs immer wieder schnell in die Progressionszone des Einkommensteuertarifs rutscht, wird für ihn diese direkte Steuerbelastung zum Hauptproblem und zur Hauptquelle des Steuerverdrusses. Wenn die SPD in erster Linie Arbeiterpartei ist, muß sie bestrebt sein, mittelfristig immer wieder die Belastung erträglich zu halten, die heute den Arbeitnehmer am empfindlichsten trifft und das ist eindeutig nicht die Mehrwertsteuer, sondern die Lohn- und Einkommensteuer mit ihrer ungebrochenen Dynamik. Daher ist die im Programm der Bundesregierung für 1984 vorgesehene Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer grundsätzlich richtig.

Daran ändert auch der immer wieder vorgebrachte Einwand nichts, daß die tatsächlichen Entlastungsbeträge immer hinter die Erwartungen zurückfallen müssen. Natürlich ist die Qualität der dann fälligen Korrektur davon abhängig, inwieweit es 1984 gelingt, die Entlastungsmasse schwerpunktmäßig im unteren und mittleren Einkommensbereich einzusetzen.



Fazit: Nachdem die Ergänzungsabgabe keine Mehrheitschance hat, die Kreditmarke tabuisiert wird und eine sozial flankierte Mineralölsteuererhöhung in der SPD selbst abgelehnt wird - obwohl energie- und wirtschaftspolitisch vieles dafür spricht - ist die Mehrwertsteuer ein Notnagel, den Sozialdemokraten vertreten können, ohne rot zu werden. Niemand muß sich wegen dieser zeitlich begrenzten Finanzierungslösung für das Beschäftigungsprogramm händeringend entschuldigen. Die Probleme liegen für mich eher in der konjunkturpolitischen Wirkung des Zwangspareffekts einer Mehrwertsteuererhöhung. Die Rechnung geht nur auf, wenn zur Jahresmitte 1983 diese Zusatzbelastung in eine verbesserte Konjunktursituation fällt.

Massenwirksame Steuererhöhungen sind zwar niemals attraktiv, aber ein mit Hilfe von Mehrwertsteuergeldern mittelfristig gebremster Rückgang der direkten Steuerlast ist bei einer vernünftigen Korrektur des Einkommensteuertarifs kein unsozialer Akt. Es ist an der Zeit, daß sich die SPD klarmacht, daß Lassalle heute zu etwas anderen steuerpolitischen Aussagen käme. Er würde unter den gegebenen Bedingungen der Mehrwertsteuerfinanzierung des Beschäftigungsprogramms zustimmen. Wer hundertjährige Analysen auf das heutige Steuersystem unmodifiziert übertragen will, ist vom Bewußtsein her nicht in der Lage, das sich über kurz oder lang immer wieder für die Arbeitnehmer stellende steuerpolitische Hauptproblem unerträglicher Steuerbelastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer haushaltspolitisch verkräftbar zu lösen.

(-/15.2.1982/va-he/va)



Zu Lasten der Urlauber

Die Umwandlung von Ferien- in Zweitwohnungen

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Fraktion

Von der Küste bis zu den Alpen wächst in den traditionsreichen Fremdenverkehrsorten, aber auch in Dörfern, die vom Urlauberstrom noch unbeleckt sind, ein Problem, das an den Nerv dieser Gemeinden geht: Bisher gewerblich betriebene Ferienwohnungen, vor allem solche in Kurgebieten, und alte Wohnhäuser in Dorfkerne, werden ihrer bisherigen Nutzung entzogen und zu Zweitwohnungen umgewandelt.

So werden Betten-Kapazitäten reduziert, auf die bisher alle Infrastrukturmaßnahmen dieser Gemeinden ausgerichtet waren. Sie haben sich mit ihren Investitionen eingestellt auf Ferienwohnungen, die über möglichst lange Zeit vermietet sind. Diese Dauerferienwohnungen werden jetzt zu selten genutzten Nischen für relativ Wenige.

Die Gemeinden haben Einnahmeausfälle; die Urlauber, die bisher solche Ferienwohnungen mieteten, müssen an anderer Stelle Unterkunft suchen. Durch die Nutzungsänderung alter Wohnhäuser verlieren gewachsene Dorfkerne einen Teil ihrer Lebendigkeit; in das Milieu unserer Dörfer passen keine Wohnungen, deren Jalousien meistens geschlossen sind.

Unsere Gemeinden brauchen ein Instrument, mit dem sie auf diesen ungunstigen Trend reagieren können. Dieses Instrument ist auch schon formuliert: Die Gemeinden sollen das Recht haben, durch Satzung Gebiete oder einzelne Grundstücke zu bestimmen, für die eine Begründung von Wohneigentum genehmigungspflichtig ist (Bundesbaugesetz § 39 h).

Das Land Schleswig-Holstein brachte diesen Vorschlag ein, als der Bundesrat die von SPD und FDP getragene Baulandnovelle beriet. Der Bundesrat stimmte zu. Die Bundesregierung hat grundsätzliche Zustimmung signalisiert.

Trotzdem kommt die Sache nicht recht voran. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion paßt die ganze Richtung nicht, sie bemüht sich kräftig, die Behandlung der Baulandnovelle im zuständigen Bundestagsausschuß auf den Sankt-Nimmerleinstag hinauszuschieben. Damit bremst sie auch die Lösung des hier angesprochenen Problems: Zu Lasten der Gemeinden, des deutschen Fremdenverkehrs und der erholungssuchenden Urlauber.

Das Gesetz muß bald kommen, wenn es nicht von der Realität überholt werden soll.
(-/15.2.1982/bgy/va)

+ + +



Mehr Sicherheit in der Apparatenmedizin

Das Bundesministerium für Arbeit bereitet die dringend
notwendige Medizingeräteverordnung vor

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Demonstration des "Aktionskreises Nierenpatienten" auf dem Bonner Münsterplatz hat kürzlich die Notwendigkeit von wirksamen Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit von medizinisch-technischen Geräten erneut deutlich gemacht. Dialysegeräte zur Blutreinigung von Nierenkranken, die schlecht oder gar nicht gewartet werden, gefährden das Leben von schwerkranken Patienten.

Bessere Wartung der Geräte, qualifiziertere Ausbildung des Bedienungspersonals, Bauartzulassung durch eine anerkannte Prüfstelle und regelmäßige Kontrollen sind die Forderungen, die nach spektakulären Todesfällen durch fehlerhafte Geräte immer wieder öffentlich erhoben worden sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat inzwischen eine Medizingeräteverordnung erarbeitet, die diese Forderungen wenigstens für eine bestimmte Gruppe von lebenserhaltenden und damit besonders gefährlichen Geräten, insbesondere auch für Dialysegeräte weitgehend erfüllt. Durch Änderungen des Gerätesicherheitsgesetzes und der Gewerbeordnung war die Bundesregierung 1979 ermächtigt worden, die Sicherheit der medizinisch-technischen Geräte durch wirksame Maßnahmen zu verbessern. Die jetzt vorliegende Verordnung, die hoffentlich bald dem Bundesrat zugeleitet und verabschiedet wird, ist sehr zu begrüßen, wenn sie auch nur ein erster notwendiger Schritt zu mehr Sicherheit auf diesem Gebiet ist.

Für die zahlenmäßig nicht sehr große Gruppe von besonders gefährlichen Geräten werden Bauartzulassungen vorgeschrieben, für die Mehrzahl der Geräte bleibt es bei der Vorschrift, daß nur sichere Geräte vom Hersteller oder Importeur verkauft werden dürfen. Nur für die Dialysegeräte wird eine Abnahmeprüfung vorgeschrieben. Regelmäßige sicherheitstechnische Kontrollen muß der Betreiber durchführen lassen,



er braucht dazu jedoch keine anerkannte Prüfstelle einzuschalten, sondern kann die Kontrollen vom eigenen Fachpersonal oder von der Wartungsfirma machen lassen.

Diese relativ liberale Regelung der Pflichten zur Wartung und regelmäßigen Kontrolle wird durch eine Meldepflicht des Betreibers abgesichert. Der Betreiber muß alle Funktionsausfälle und -störungen, die zu einem Personenschaden geführt haben oder hätten führen können, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung melden. Dies gilt auch zum Beispiel für Fehldosierungen, bei Unfällen durch Installationsfehler und bei mehrmaligen gleichartigen Bedienungsfehlern. Die Aufsichtsbehörde kann dann eine sicherheitstechnische Beurteilung durch einen Sachverständigen oder eine Prüfstelle verlangen. So sollen Sicherheitsmängel und Konstruktionsfehler möglichst schnell behoben werden.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Regelungen ausreichen oder ob nicht doch regelmäßige Kontrollprüfungen durch anerkannte Prüfstellen notwendig sind.

Die staatliche Gewerbeaufsicht in Nordrhein-Westfalen hatte durch gezielte Überprüfungsaktionen durch die Zentralstelle für Sicherheitstechnik eine große Zahl von Mängeln, insbesondere bei Infusionspumpen, künstlichen Nieren, Herz-Lungen-Maschinen, Narkosegeräten und Herzschrittmachern festgestellt und so Druck auf den Gesetzgeber ausgeübt. Nun hat sie im November eine lange Liste der Geräte veröffentlicht, die freiwillig geprüft und mit einem GS-Zeichen (geprüfte Sicherheit) gekennzeichnet worden sind.

Die öffentliche Diskussion über die Mißstände und die Vorarbeiten für die Medizin- geräteverordnung haben also schon bewirkt, daß die Hersteller die Sicherheit der Geräte noch stärker beachten und durch das GS-Zeichen darauf besonders hinweisen.

Es wäre zu wünschen, daß möglichst schnell die notwendigen Prüfnormen für alle medizinisch-technischen Geräte erarbeitet werden und alle zugelassenen und geprüften Geräte mit dem GS-Zeichen versehen werden. Dies wäre für das Bedienungspersonal und die von diesen Geräten abhängigen Patienten ein großer Fortschritt.

(-/15.2.1982/bgy/va)

+ + +



Der Hochschulbau hängt durch

Niedersachsens Wissenschaftsminister hat den Mund zu voll genommen

Von Rainer Silkenbeumer MdL

Niedersachsen weist zu Beginn des Jahres 1982 immer noch ein unerledigtes Hochschulbauprogramm von rund 800 Millionen DM auf. Damit sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung bis 1986 unter anderem rund 9.500 neue Studienplätze gebaut werden. Mit dieser Konzeption hat die CDU stillschweigend ihr ursprünglich für 1985 angestrebtes - und zu diesem Zeitpunkt auch eigentlich dringend benötigtes - Ausbauziel von rund 81.000 Studienplätzen um volle drei Jahre hinausgeschoben.

Von diesem 800-Millionen-Mark-Programm hat Wissenschaftsminister Cassens aufgrund der ersten Beratungen im Wissenschaftsrat aber lediglich 225 Millionen zugestanden bekommen. Damit können unter anderem zwar so wichtige Bauvorhaben wie der Neubau für die Chemie in Braunschweig (circa 56 Millionen DM), der Neubau für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Fachhochschule in Lüneburg (circa zwölf Millionen DM) und die Bibliothek in Osnabrück (circa 27 Millionen DM) nun hoffentlich begonnen werden. Es bleibt aber die Frage, ob und gegebenenfalls wann die übrigen Bauvorhaben mit Gesamtkosten von gut 575 Millionen DM noch eine Chance haben.

In diesem größeren Teil sind unter anderem wichtige und für die Hochschule so unverzichtbare Bauvorhaben wie die Bibliotheken in Braunschweig (16 Millionen DM), in Göttingen (112 Millionen DM) und Clausthal-Zellerfeld (acht Millionen DM), die EDV-Anlage für das Rechenzentrum in Hannover (29 Millionen DM), der Umzug des Bauwesens von Buxtehude nach Lüneburg (36 Millionen DM) und der Neubau für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Osnabrück (25 Millionen DM) enthalten.

Die bisherige - und wohl auch künftige - Dauerentschuldigung des Wissenschaftsministers und die einseitige Überwälzung der Verantwortung auf den Bund wegen der seit zwei Jahren rückläufigen Bundesmittel zieht nicht und hat nie gezogen.

Ich wiederhole unsere Kritik, die 1980 der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zum Zehnten Rahmenplan deutlich formuliert: Niedersachsen hat in den Jahren der Regierung Albrecht wegen fehlender Gesamtkonzeption und daraus resultierender ständiger Umplanungen dieses unerledigte Bauvolumen auflaufen lassen und hat es eben gerade geschafft, in fünf Jahren (1976 bis 1981) lediglich 2.000 Studienplätze zu bauen, dabei aber Bundesmittel in Höhe von 360 Millionen DM verfallen zu lassen. Die SPD-Landesregierung hatte hingegen von 1972 bis 1976 die stolze Zahl von 21.000 Studienplätzen erreicht.

Dieses unergiebiges Hin und Her rächt sich jetzt, da der Bund wie auch die Länder in eine schwierige finanzielle Lage geraten sind; bitter: Wissenschaftsminister Cassens steht vor dem Scherbenhaufen der Hochschulbaupolitik seines gescheiterten Vorgängers Pestel. Nun versucht der neue - im Hochschulbereich unerfahrene - Minister durch viele Universitäts-Bereisungen und zahlreiche Presseerklärungen den Eindruck eines erfolgreichen Starts zu erwecken. Von Tag zu Tag wird jedoch deutlicher, daß er offensichtlich den Mund zu voll genommen hat und die leichtfertig geweckten Erwartungen allenfalls ansatzweise einlösen kann.

Notwendig ist jetzt - und zwar noch vor der Landtagswahl - eine eindeutige und an den finanziellen Realitäten orientierte Aussage, ob, wie und wann der Minister den niedersächsischen Hochschulen zu den spätestens 1985/86 dringend benötigten Bauvorhaben für Forschung und Lehre verhelfen kann.

Ob das Minister Cassens wohl kann?

(-/15.2.1982/vo-he/va)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

